

es: „Vorstellungen nach einer einheitlichen zentralen Führung aller kirchlichen Basisgruppen trat die Mehrzahl der Teilnehmer entgegen und beharrte auf der Position der Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit. So fanden Vorschläge, dem Friedensseminar eine feste Struktur im Sinne einer Vereinheitlichung, die künftig die Gruppen gegenüber Staat und Kirche vertreten solle, zu geben, nicht die Zustimmung. Auch trafen Versuche des hinlänglich wegen seiner feindlich-negativen Haltung bekannten Pfarrers Tschiche, während des Friedensseminars seine Absichten zur Gründung einer 'Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft' zu erläutern und Interessenten für dieses Vorhaben zu gewinnen, wenig Resonanz.“ – Das war im Februar 1989.

Anfang 1989 findet sich also noch eine gewisse Ambivalenz der Situation. Es gibt schon einige eher spontane Aktionen, eigene politische Ansprüche im öffentlichen Raum der Gesellschaft zu artikulieren. Ich erwähne die Montagsgebete in Leipzig. – Dazu werden wir nachher vielleicht noch etwas hören. Über die Leipziger Taktik wird Christian Dietrich wohl etwas sagen. – Dabei kann man sich aber schon auf die Möglichkeiten DDR-weiter informeller Zusammenarbeit, das heißt auch Solidarität, verlassen. Dies wird auch bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 relevant, bei denen Informationen in Teilbereichen, aber auch über die DDR hinaus ausgetauscht werden. Dabei ist für die Organisation auch die „Solidarische Kirche“, ein DDR-weites Kontaktnetz, wichtig. Ein wichtiges Tabu des SED-Regimes ist gebrochen.

Zugleich gibt es aber immer noch Hemmnisse, die meines Erachtens in einem noch nicht überwundenen begrenzten Denk- und Handlungshorizont gründen. Dies zeigt sich im Verhalten zu dem genannten Vorschlag von Tschiche, den dieser auch schon 1988 gemacht hatte. Es betrifft die Entschlossenheit, öffentlich und selbstbewußt die totalitären Ansprüche der SED zu bestreiten, zugleich eigene politische Ansprüche auf Teilhabe an der Macht zu artikulieren und politische Organisationsformen zu installieren, mit denen sich solche Ansprüche auch politisch durchsetzen lassen.

Zugleich sind zu dieser Zeit politische Ordnungsvorstellungen wie „Rechtsstaat“, „Gewaltenteilung“ und parlamentarische Demokratie“ als prioritäre Forderungen noch keineswegs Konsens. Gegenüber dem Modell westlicher Demokratie bestehen bei vielen noch Vorbehalte, und ein schlüssiges Gegenkonzept gibt es nicht. Überhaupt ist das Verhältnis zur Macht sehr gespalten. Auf die Frage, ob sie bereit wären, den Posten eines Innenministers zu übernehmen, hätten die meisten wahrscheinlich gelacht und sehr ablehnend reagiert; ich habe das Experiment damals gemacht.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Konzept politischer Parteien. Markus Meckel hat übrigens im Februar 1989 in Greifswald auch den Vorschlag zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei ins Spiel gebracht und ist natürlich auf Ablehnung gestoßen.

Im ersten Halbjahr 1989 gab es dann verschiedene Überlegungen und Gespräche über Handlungsformen, in denen sich Opposition in der DDR formieren sollte. Das ging dann auch schon recht zügig, wobei unterschiedliche Konzepte im Blick waren. Die Sozialdemokraten waren nicht die einzigen, die von einer Partei redeten; es gab auch andere. Aber prägend und tragend waren doch jene Konzepte, die eine Entwicklung von unten, eine Bewegung erwarteten, die einen Prozeß der Demokratisierung und Öffnung, des Dialoges voranbringen sollte. Das also war das tragende Konzept; diese anderen Dinge wurden eher stark ablehnend betrachtet.

Ein anderer wichtiger Aspekt für den Handlungshorizont der oppositionellen Gruppen ist die Frage, wie sich die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem ideologischen Loyalitätsdruck des Systems verhielt. Nicht zuletzt das Anwachsen der Ausreisewelle im Verlauf des Jahres 1989 gab recht eindeutige Zeichen dafür, daß quer durch alle Schichten der Bevölkerung der DDR der Loyalitäts- und Vertrauensverlust gegenüber der SED massiv fortgeschritten war. Als Bedingung für die Ausbildung der Opposition im Herbst 1989 muß dies mit in den Blick genommen werden. Daß die Formierung oppositioneller Parteien und Gruppierungen im Herbst jenen Loyalitätsverlust wesentlich beschleunigt und überhaupt dieser Bewegung von unten auch inhaltliche, politische Ziele gegeben hat, ist die andere Seite. Beides gehört zusammen, die Formierung der Opposition und der Aufstand des Volkes gegen die totalitären Anmaßungen der SED. Die Frage, wer denn die Revolution gemacht habe, die Opposition oder das Volk auf der Straße, das mehr und nachher sogar die deutsche Einheit wollte, wird zum Teil ja alternativ behandelt. Ich denke aber, daß sich beide Seiten nicht voneinander trennen lassen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank, Martin Gutzeit. – Der letzte Satz hat darauf hingewiesen, daß wir uns bei dem Unternehmen, daß wir jetzt vor uns haben, auf diese Zusammenhänge beziehen sollten.

Dieses Podium steht unter der Überschrift: „Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur.“ Was das Vorgehen betrifft, so ist der erste Ansatz, dieses Thema chronologisch zu gliedern, einhellig verworfen worden. Wir verstehen die beiden Podien, die wir jetzt noch vor uns haben, als technisch bedingten Ablauf.

Wir werden bei diesem ersten Podium die Abgeordneten und die Sachverständigen der Kommission noch nicht in die Diskussion einbeziehen. Dann wird das zweite Podium stattfinden, und in der sich daran anschließenden Diskussion werden alle Teilnehmer zu Wort kommen können.

Zu Beginn bitte ich diejenigen, die hier vorn auf dem Podium sitzen, uns kurz biographisch zu berichten, wie denn sie den Weg von der Resistenz zur Opposition oder zur Verantwortung gefunden haben. – Katrin Eigenfeld, würden Sie bitte beginnen!